

VOR 50 JAHREN

Bundesrat beschließt Ende der Studentenarbeit

Die 1968er Zeit, heute fast vergessen, begann mit heftigen Protesten und heißen Diskussionen: gegen den Vietnamkrieg, gegen die ungenügende Aufarbeitung der NS-Verbrechen, gegen autoritäre Strukturen, für den Aufbau einer demokratischeren und gerechteren Gesellschaft.

Abschwächend sprach man später von der „unruhigen Jugend“. Doch damit verkennt man den vorwärtsdrängenden, herausfordernden Aufbruch vieler Studenten, die von den Bewahrern der Verhältnisse als revolutionär empfunden wurden.

Die baptistischen 68er waren Teil dieser Bewegung. Sie verfassten im Herbst 1968 nach mehrtägiger Diskussion die sogenannte „Münsteraner Resolution“: „Jesus Christus ist die Hoffnung der Welt. In ihm hat Gott der Welt Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und Versöhnung verheißen.“

Dieser Ansatz griff das Motto der damaligen Heimatmission auf, die mit einer einjährigen Vorbereitung in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 1968 die „Gebietsmission Rhein-Ruhr“ durchgeführt hatte mit eben diesem Motto „Jesus Christus – die Hoffnung der Welt“. Dasselbe Motto fand Verwendung in der Zeltmission jener Jahre. Mit These 1 wird also auf ein in den Gemeinden bekanntes Wort zurückgegriffen, um den gemeinsamen Glauben festzuhalten, aber dann eine andere, neue Akzentuierung zu betonen. These 2: „Gottes Heil gipfelt nicht in einer auf Innerlichkeit gerichteten Bekehrung. Gott

will den Menschen hineinnehmen in die Bewegung der Heilung einer sich wandelnden Welt. Der Christ, der nicht an dieser Bewegung teilhat, ist heillos...“

Diese „Bewegung der Heilung der Welt“ steht im Mittelpunkt. Dazu wird ein politisches Handeln gefordert, ein „gesellschaftsbezogenes Handeln“, um die Gesellschaft gerecht zu gestalten. Darauf sei die Predigt des Evangeliums auszurichten. Abgelehnt wird ein unpolitisches Verhalten, da es nur bestehende Verhältnisse zementiert und insofern auch politisch wirksam ist. Der Bereich der Politik dürfe nicht aus dem Missionsauftrag ausgeklammert werden. Eine Demokratisierung der Gemeinden und der Informationspolitik des Bundes wird gefordert.

Die Forderungen lauteten unter anderem: überflüssiger Herrschaft und Ungerechtigkeit entgegentreten; Ausgestoßenen und Verachteten der Gesellschaft nach Jesu Vorbild, d.h. Gastarbeitern und Juden, Kommunisten und Farbigen, Asozialen, Homosexuellen und Prostituierten

Gedenktafel für Martin Luther King in Memphis, den die Studentenarbeit nicht im Blick hatte. Er hätte zum Leitbild für eine gesellschaftlich engagierte Frömmigkeit werden können.



„Verständnis, konkrete Hilfe und Achtung zu gewähren“; an einer aktiven Friedenspolitik mitarbeiten, dem Vietnamkrieg widersprechen, eine Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn suchen; für die Gleichberechtigung der Rassen eintreten; demokratische Mitbestimmung bei allen Entscheidungen der Gemeinde einführen; „Frauen sind für jedes Amt in der Gemeinde geeignet“; voller Zugang zu allen Informationen und öffentliche Beratungen in der Gemeinde; „wissenschaftlicher Lehrbetrieb am Seminar“ und „volle Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen“.

Bedenkt man die einzelnen Forderungen aus heutiger Sicht, stellt man erstaunt fest, dass sie nach Jahren und Jahrzehnten auch in konservativen Gemeinden weitgehend erfüllt wurden.

Die 1968er-Forderungen waren ihrer Zeit weit voraus, ungestüm in der Sprache („wir fordern“) und wurden in der Zeit eines revolutionären Aufbruchs an den Universitäten und in der Gesellschaft manchmal nur als Angriff gegen die bestehenden Verhältnisse in Gemeinden und Bund wahrgenommen. Um ein Beispiel zu nennen für die Veränderungen, die bis heute eingetreten sind und jetzt als selbstverständlich gelten: für die Informationspolitik des Bundes gab es damals die „Bundespost“, die ausschließlich Pastoren und Gemeindeleitern zur Verfügung stand. Nicht einmal alle Leitungsglieder hatten Anteil an den Informationen. Heute gibt es mit „BUND

AKTUELL“ und „BUND kompakt“ Informationen für alle Gemeindeglieder, die es wünschen. 1968 galt das als „revolutionär“!

Die Schriftleitung „Die Gemeinde“ jedoch verweigerte den Abdruck. Daraufhin wurden die Thesen allen Pastoren zugesandt. Doch das Gespräch wurde schwierig, ein tiefgehender Dialog kam nicht zustande. Waren die Studenten zu ungestüm oder die Gemeinden von den Fragen der aufbrechenden Generation überfordert bzw. darauf nicht vorbereitet?

Die Bundesleitung schritt ein. Am Anfang schien es noch ein hoffnungsvoller Dialog zu werden mit Austausch

von Argumenten und Versuchen des Verstehens. Doch es kam zum Zusammenprall der verschiedenen Positionen.

Die Bundesleitung warf den Wortführern der baptistischen

Studentenarbeit (sie waren seit 1968 im Amt) Marxismuspredigt vor. Ziel des Christentums sei die Herrschaft Gottes und nicht die Herrschaft der klassenlosen Gesellschaft. Die Bundesleitung könne nicht eine Zeitschrift akzeptieren, die die Gemeinde von vornherein in Frage stellt. Tatsächlich hieß es im Strategiepapier der Studentenarbeit, Jesus sei der Vorkämpfer des Klassenkampfes und die Studentenarbeit müsse sich aus der Fixierung auf die Gemeinde lösen und auf die Seite der Unterdrückten stellen. Die Studenten entgegneten, soziales Engagement neben der Individualdiakonie sei im Evangelium begründet, in der Semes-

terzeitschrift käme die gesellschaftsbezogene Komponente zum Ausdruck und jede kirchliche Institution müsse Selbstkritik üben.

Nicht alle Studenten vertraten extreme sozialistische Positionen, hofften vielmehr auf eine Weiterarbeit am Thema sozialpolitisches Engagement der Christen. Doch dazu kam es nicht. Die Herausgabe der Semesterzeitschrift im Namen des Bundes wurde verboten und damit das Ende der Studentenarbeit eingeleitet. Der Bundesrat in Stuttgart (Mai 1971) stimmte mit überwältigender Mehrheit gegen die Studentenarbeit. Es gibt sie bis heute nicht mehr. Viele Studierende und Akademiker wanderten aus den Gemeinden aus und fehlen uns bis heute. Aber die Fragen der 1968er nach dem Beitrag der Christen für die Gesellschaft blieben relevant und wurden nach und nach von einzelnen Initiativen aufgegriffen. Die Bundesleitung damals hatte dazu noch keine Antwort gefunden. ■

**VIELE STUDIERENDE
UND AKADEMIKER
WANDERTEN AUS
DEN GEMEINDEN AUS
UND FEHLEN UNS
BIS HEUTE.**



Roland Fleischer,
Hamburg, Pastor i. R.
und Mitglied im
Historischen Beirat